Deutscher Bundestag

17. Wahlperiode 31. 01. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Annette Groth, Ulla Lötzer, Jan van Aken und der Fraktion DIE LINKE.

- Drucksache 17/2420 -

EU-Freihandelsabkommen mit Indien stoppen – Verhandlungsmandat in demokratischem Prozess neu festlegen

A. Problem

Stopp der Verhandlungen der EU mit Indien über ein Handelsabkommen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle Auswirkungen

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/2420 abzulehnen.

Berlin, den 27. Oktober 2010

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Martin DörmannErich G. FritzStellvertretender VorsitzenderBerichterstatter

Bericht des Abgeordneten Erich G. Fritz

I. Überweisung und Mitberatung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache** 17/2420 in seiner 62. Sitzung am 30.September 2010 beraten und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern, die Verhandlungen der EU mit Indien über ein Handelsabkommen zu stoppen. Die Marktöffnungsstrategie "Global Europe: Competing in the World" der Europäischen Union ist die Grundlage bilateraler und biregionaler Verhandlungen der EU mit Schwellen- und Entwicklungsländern. Neben der Liberalisierung im Güterhandel und bei Dienstleistungen strebt die EU die Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte für Anbieter aus der EU an. Diese Marktöffnungsstrategie und die von ihr abgeleiteten Verhandlungsmandate der Europäischen Kommission können keine Grundlage für die Verhandlungen der EU mit Schwellen- und Entwicklungsländern sein, da sich die stärker regulierten Volkswirtschaften einiger Schwellenländer wie beispielsweise Indiens in der Weltwirtschaftskrise weniger krisenanfällig zeigten.

Die Bundesregierung wird deshalb u. a. aufgefordert, den aktuellen Stand der Verhandlungen offenzulegen und ein Moratorium der Verhandlungen mit Indien einzulegen. Weiterhin soll die Mitwirkung des Deutschen Bundestages an der Neufassung eines Verhandlungsmandats sichergestellt werden und darauf hingewirkt werden, dass sowohl auf indischer als auch auf EU-Seite Vertreter an den Verhandlungen beteiligt werden, die die Interessen Betroffener vertreten werden

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksacke 17/2420 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtiger Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/2420 in seiner 21. Sitzung am 27. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE

LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 17/2420 in seiner 31. Sitzung am 27. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Gesundheit hat die Vorlage auf Drucksache 17/2420 in seiner 23. Sitzung am 27. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat die Vorlage auf Drucksache 17/2420 in seiner 22. Sitzung am 27. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat die Vorlage auf Drucksache 17/2420 in seiner 19. Sitzung am 27. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat die Vorlage auf Drucksache 17/2420 in seiner 23. Sitzung am 27. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/2420 in seiner 29. Sitzung am 27. Oktober 2010 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/2420 zu empfehlen.

Berlin, den 27. Oktober 2010

Erich G. Fritz Berichterstatter

